

en Dorf Oblesstedt... Brand aus, der sich... vier Kinder zum... wirt gegen Mitter... seine vier Kinder... Teile des Hauses... dort festgemacht... harvor zur Stelle... gs von Flammen... und Begrub den... Kindern unter sich... g zu bringen, daß... s wirtschaftl... tags darauf sollte... er gepfändet wer-

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage
Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag
Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden
Gerichtsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld
Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Neue Notverordnung der Reichsregierung Entschlossener Kampf gegen Geldverknappung und Kapitalflucht — Entscheidende Selbsthilfemaßnahmen — Zuversicht in Berlin

— Berlin, 16. Juli. Die Beratungen des Reichstagsabteils zur Sicherung der Wirtschaft wurden gestern abend abgeschlossen. Das Kabinett verabschiedete eine Notverordnung, in der vier Einzelgesetze besonders geregelt sind. Der erste Punkt betrifft die Regelung des Devisenverkehrs, der zweite die Veröffentlichung von Kursen, der dritte enthält Uebergangsbestimmungen für den Bankverkehr nach den Bankfeiertagen; der vierte Punkt stellt eine Zusatzverordnung zur Danat-Notverordnung dar.

Reichsbankdiskont 10 Prozent, Lombardsatz 15 Prozent
Die Reichsbank hat gestern beschlossen, mit Wirkung ab 16. Juli den Wechseldiskontsatz von 7 auf 10 Prozent, und den Lombardsatz von 8 auf 15 Prozent zu erhöhen. Die Genehmigung des Generalrats zur Unterschreitung der gesetzlichen Deckungsgrenze ist erteilt worden.

Von der Reichsbank wird hierzu folgendes Communiqué verbreitet: „Mit dem heutigen Tage ist die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank unter 40 v. H. gesunken. Die gesetzlich erforderliche Ermächtigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontsatzes zu warten, bis die in Paragraph 29 des Bankgesetzes angegebenen Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Vorausnahme dieser Verpflichtung bereits heute mit Wirkung vom 16. Juli d. S. ab den Diskont auf 10 v. H. erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardsatz auf 15 v. H. festgesetzt worden.“

Starke Devisenrückläufe bei der Reichsbank

Die verstärkte Kreditrestriktion der Reichsbank hat zu einem wirksamen Druck auf die Devisenvorräte von Banken und Wirtschaft geführt. Wie der Deutsche Handelsdienst hört, konnte die Reichsbank seit Montag, 13. Juli, Devisenzugänge von etwa 85 Millionen RM. buchen.

Aus der Fülle der Notverordnungen bzw. Ausführungsverordnungen, die in den späten Nachstunden des Mittwochs veröffentlicht worden sind, sind für die breitere Öffentlichkeit die Bestimmungen über die eingeschränkte Wiederannahme des Zahlungsverkehrs von besonderem Interesse. Es mußte dabei leider berücksichtigt werden, daß in der Bevölkerung mutmaßlich auch bei der Wiedereröffnung der Kassen die Tendenz noch fortbestehen werde, Bargeld an sich zu ziehen. Diese Tendenz ist ein Ausdruck der Beunruhigung, die aber selbst wieder zum großen Teil die Folge der Bargeldentziehungen und somit der Verlangsamung des Geldumlaufs und der Verknappung der Zahlungsmittel ist. Aus diesem Grunde war es auch notwendig, daß die Reichsbank von den individuellen Restriktionen nunmehr zu allgemeinen Restriktionen griff. Zwischen diesen beiden widerstrebenden Tendenzen der Bargeldentziehung einerseits und der notwendigen Restriktionen andererseits haben Reichsregierung und Reichsbank versucht, ein Mittelmaß zu finden, indem zunächst einmal die Auszahlung der Gehälter, Löhne usw. unbedingt sicherzustellen waren. Eine volle Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs war jedoch nicht möglich; auch glaubte man, von der generellen Auszahlung bis zu bestimmten Marktsätzen Abstand nehmen zu sollen. Schwierigkeiten werden daher in den nächsten drei Tagen auch bisher bestehen bleiben. Von der Entwicklung des Zahlungsverkehrs am heutigen Donnerstag wird es abhängen, ob der Weg zur vollen Wiederauszahlung in schnellem Tempo beschritten werden kann oder nicht. Wichtig ist die Bestimmung, daß Neueinzahlungen bei der Wiedererhebung von allen Beschränkungen frei sind. Als besonders wichtig insbesondere für die Kreise des Kleinen und mittleren Handels und des Handwerks wird die letzte Verordnung angesehen, wonach nach Vereinbarungen Ueberweisungen zwischen den von den Bankfeiertagen betroffenen Instituten in gewissem Umfang wieder möglich sind.

Was die von der Reichsbank bekannt gegebene Unterschreitung der 40prozentigen Deckungsgrenze anlangt, so ist bekanntlich die Grenze selbst ohnehin ziemlich willkürlich. Im Vorkriegsdeutschland betrug sie nur 37 1/2 v. H., in anderen Ländern noch heute bis zu 24 v. H. Vielleicht hat die Reichsbank ohnehin zu lange gezögert, bis die Ermächtigung zur Unterschreitung unter den im Reichsbankgesetz festgelegten Bedingungen vom Generalrat erteilt wurde. Eine inflatorische Wirkung ist jedoch damit keinesfalls gegeben; vielmehr hat die Reichsbank die Zahlungsmittel nach wie vor voll in der Hand. Es handelt sich allein darum, den Zahlungsverkehr flott zu machen, ohne das allerdings gefährliche Mittel einer bloßen Vermehrung der Zahlungsmittel zu ergreifen, das bei wieder normalem Geldumlauf, der nach den jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung allmählich wieder zu erwarten sein dürfte, keine Rechtfertigung hätte.

Reichsfinanzminister Dietrich zur Lage

Am Mittwoch abend sprach Reichsfinanzminister Dietrich im Berliner Rundfunk über „Die Abwicklung der Bankfeiertage und die neue Notverordnung“. Er betonte eingangs, daß das Reich, bevor der Sturm losgebrochen sei, seinerseits mit rücksichtslosen Maßnahmen sein Haus durch die Notverordnungen in Ordnung gebracht hatte. Das Hoovermoratorium hatte dem Reich eine Entlastung von 1,6 Milliarden gebracht. Das Reich war infolgedessen keineswegs in Schwierigkeiten, sondern im Gegenteil in der Lage, auf die Verlängerung eines großen Darlehens zu verzichten, das die Banken gegeben hatten. Das Reich hat außerdem eine Menge Schahanweisungen eingelöst. Zusammen mit der Post, die dasselbe getan habe, sind der deutschen Wirtschaft 300 Millionen RM. wieder zugeführt worden. Die Schwierigkeiten kommen also nicht vom Reich, sondern sind aus der deutschen Wirtschaft gekommen. Begonnen haben sie mit den Schwierigkeiten der Wiener Kreditanstalt. Hinzu kam der Fall Nordwolle mit seinen Rückwirkungen auf die Danatbank. Auch die zweiwöchigen Verhandlungen mit Frankreich über den Hooverplan haben wesentlich zur Beunruhigung in der Welt beigetragen. Die Folge hiervon war der Abzug der kurzfristigen Kredite, die eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft sind. Kredite über Jahre oder Jahrzehnte sind gänzlich ungefährlich. Im vorigen Jahr haben kurzfristige Kredite in einer Höhe von vielleicht 7-8 Milliarden in Deutschland gesteckt. Sie sind in Deutschland angelegt in allen möglichen Stellen, wo sie nicht sofort herausgeholt werden können. Es sind auch kurzfristige Schulden der Länder und Gemeinden dabei. Das Reich hat solche kurzfristigen Schulden überhaupt nicht. Im Laufe des Winters ist es gelungen, von diesen etwa 8 Milliarden etwa 3-4 Milliarden tatsächlich an das Ausland zurückzahlen. Dies war geradezu eine unerhörte Leistung unserer Wirtschaft und unserer Banken, besonders der Reichsbank. Ein weiterer Grund ist der, daß wir in Deutschland eine Menge Menschen haben, die alle von der Regierung angeordneten Maßnahmen herunterreißen und unsere Verhältnisse so verschlechtern, wie man es überhaupt nicht verantworten kann.

Dadurch ist im Ausland der Glaube entstanden, daß wir überhaupt nicht sparen. Hinzu kommt, daß gewisse Deutsche ihr Geld ins Ausland gebracht haben. Die Nachrichten aber, die hierüber umgehen, sind übertrieben.

Der Minister kam sodann auf den Sturm auf die Banken und Sparkassen zu sprechen und betonte, daß die Banken die einbezahlten Gelder nicht liegen lassen könnten, sondern zinsbringend anlegen müßten. Niemand könne von den Sparkassen verlangen, daß sie die Gelder, die sie in Hypotheken und Pfandbriefen angelegt haben, morgen kündigen. Selbst wenn sie dies täten, würden sie das Geld nicht bekommen, da die Hausbesitzer, die die Hypotheken aufgenommen haben, es nicht aufbringen könnten. Dr. Dietrich unterstrich, daß bei den Sparkassen für die Gelder nicht die geringste Gefahr bestehe, schon deswegen nicht, weil die Sparkassen unter der Garantie der Kommunen und Kreise stehen.

Der Minister kam dann auf die neue Notverordnung zu sprechen und wies auf die den Banken und Spar-

Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat eine neue Notverordnung erlassen, welche einschneidende Maßnahmen zur Wiederflottmachung des Zahlungsverkehrs enthält. Der Zahlungsverkehr bei den Banken und Sparkassen wird heute in beschränktem Umfang wieder aufgenommen.

In Berlin wird nach Erlaß der entschlossenen Selbsthilfemaßnahmen der Regierung die Lage sehr zuversichtlich beurteilt. Man hofft auf die Wiederkehr der Besonnenheit innerhalb der Bevölkerung.

Die Reichsbank hat die gesetzliche Deckungsgrenze unterschritten und den Reichsbankdiskont auf 10, den Lombardsatz auf 15 Prozent heraufgesetzt.

Die englischen Minister Macdonald und Henderson werden heute zum Besuch der Reichsregierung in Berlin eintreffen.

In Karlsruhe, Darmstadt, Frankfurt und Dresden kam es anläßlich des gestrigen „Welterwerbslosentages“ zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei.

Lassen ab Donnerstag wieder gestattete Auszahlung von Geldern für die in der Notverordnung erwähnten Zwecke. Es werde also das Gesehehen, was notwendig ist, damit die Gehalts- und Lohnempfänger, die Rentenberechtigten und die Unterstützungsberechtigten das erhalten, was sie zu fordern haben. Es ist aber unmöglich, etwa dahin zu kommen, daß auch die Sparer ihr Geld bekommen. Die Frage, wie weit das möglich sein wird, ist die Aufgabe der nächsten Tage. Die Reichsbank hat Vorzüge getroffen, daß die Lohnzahlungen, Unterstützungen usw. am heutigen Donnerstag bereinigt werden können, natürlich nur gegenüber den Firmen, die imstande sind, auf dem geordneten Kreditwege diese Gelder beanspruchen zu können. Wenn es an einigen Stellen zu Schwierigkeiten kommen sollte, dann bitten wir die Bevölkerung, daraus nicht einen generellen Schluß zu ziehen. Wir werden bemüht bleiben, diese lokalen Schwierigkeiten zu meistern. Die Reichsbank wird am Donnerstag etwas mehr Notien umlaufen haben als bisher. Wir haben in den vergangenen Monaten aber oft 1 Milliarde und noch mehr Notenumlauf gehabt über den, was wir jetzt haben. Die Schwierigkeit liegt zurzeit nicht etwa darin, daß wir zu viel Notien haben, sondern, daß wir zu wenig Notien haben, letzteres, weil uns Gold und Devisen weggenommen wurden.

Der Minister behandelte dann die Flucht in Devisen und die Frage des Notgeldes. Der Devisenverkehr ist durch die Devisenverordnung bei der Reichsbank zentralisiert, damit kein deutsches Geld ins Ausland flüchten kann. Was das Notgeld angeht, von dem gesehelt wird, so ist zu sagen, daß sich jeder strafbar macht, der Notgeld ausgibt. Der, der Notgeld annimmt, wird der Dumme sein, denn es ist wertlos und ungültig. Am Schluß seiner Ausführungen warnte der Minister vor dem Hamstern von Banknoten. Wir haben einen Geldumlauf, der ausreicht, wenn er sich normal vollzieht, d. h. daß jeder nicht mehr Geld mit sich trägt, als er für seine Zwecke für die nächste Zeit braucht. Wenn das geschieht, reicht der Geldumlauf aus und die Wirtschaft wird nicht hinfänglich. In allen kritischen Stunden eines Volkes kommt es entscheidend darauf an, daß man die Notven nicht verliert.

Bermittlungsaktion Hendersons in Paris

Hilfe für Deutschland nur bei bedingungsloser Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Amerikas — Ein Kompromiß in der Flottenabrüstungsfrage?

— Paris, 16. Juli. Der englische Außenminister Henderson und der amerikanische Staatssekretär Stimson sind gestern hier eingetroffen und hatten am gleichen Tage noch Besprechungen mit den führenden Mitgliedern der französischen Regierung. Ueber den Inhalt der Verhandlungen wird Stillschweigen bewahrt. Man vermutet jedoch, daß neben der im Mittelpunkt stehenden Erörterung der deutschen Finanzlage die Frage der französisch-italienischen Flottenverfälschung eine besondere Rolle spielt. Henderson soll angeblich aus London einen ganz bestimmten Plan mitgebracht haben, der ein für beide Parteien annehmbares Kompromiß darstellen soll. Wie andererseits verlautet, habe er die Absicht, auf die französische Regierung einzuwirken, den geplanten Bau des 25000-Tonnen-Panzerkreuzers aufzugeben, um dadurch Deutschland moralisch zu verpflichten, auch seinerseits auf die Durchführung des Flottenbauprogrammes zu verzichten. Staatssekretär Stimson soll angeblich mit gewissen Vorschlägen an die französische Regierung herantreten, die geeignet seien, eine Verständigung mit Italien in der Flottenfrage herbeizuführen.

Wie in London gerüchelt wird, ist zwischen der

französischen Regierung, Henderson, Stimson und der italienischen Regierung eine Einigung darüber zustande gekommen, daß das französische Panzerkreuzerprogramm aufgegeben wird, falls Deutschland vorher sein Panzerkreuzerprogramm aufgibt.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt eine Meldung einer amerikanischen Agentur aus Paris, wonach Henderson den französischen Ministerpräsidenten und Briand zu einer Konferenz nach Chequers eingeladen hat. Wie verlautet, bemühe sich Henderson, auch Brüning, Curtius, Grandi und den belgischen Außenminister zu dieser Konferenz, die nach der Sachverständigen tagung stattfinden soll, zu bewegen.

Die gesamte Londoner Presse befaßt sich eingehend mit der französisch-deutschen Frage. Ein langer Artikel der „Times“ vertritt den vom englischen Außenamt beeinflussten Standpunkt, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich die beste Lösung sei. Nichts würde man in London lieber sehen, als wenn nach dem englischen Besuch in Paris und Berlin die deutschen Minister nach Paris gingen. Hilfe komme nur durch eine bedingungslose Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Amerikas

Gewinn!

ge

ig

on

t

alw.

AFFEE

hungen!

brannt!

alw,

etroffen:

Waggon

elbst. Laufener

hlarloffeln

Das Verhandlungsergebnis von Basel

Die Mittel der Notenbanken reichen zur Kredithilfe nicht aus

Wer von der letzten Verwaltungsratsitzung der BZB. funktionelle Beschlüsse erwartet hat, wird durch das bereits mitgeteilte Kommuniqué enttäuscht sein. Es enthält weder die Ankündigung einer großen Kreditoperation zugunsten Deutschlands, noch zeigt es einen genau ausgearbeiteten Plan für die Wiederaufrichtung der deutschen Situation. Es enthält freilich den Ausdruck der Bereitschaft sämtlicher Notenbanken, Deutschland und der Reichsbank in den gegenwärtigen schwierigen Umständen nach Maßgabe ihrer Kräfte und Möglichkeiten zu Hilfe zu kommen. Diese Hilfsleistung drückt sich zunächst aus in der Erneuerung des 100 Millionen-Dollar-Kredits für die Reichsbank, eine Erneuerung, die übrigens von der Reichsbank nicht beantragt war, sondern den die kreditgebährenden Notenbanken von sich aus anboten. Diese Hilfsbereitschaft der übrigen Notenbanken wird in dem Kommuniqué stark unterstrichen und stellt zugleich den Ausdruck einer durchaus kollegialen und vertrauensvollen Atmosphäre dar, in welcher die Beratungen des Verwaltungsrats sich entwickelt haben.

Die in der Verwaltungsratsitzung vertretenen Notenbanken haben nämlich dem Reichsbankpräsidenten versprochen können, daß sie ihm in dem schweren Kampfe um die Erhaltung des deutschen Kredits in jeder Beziehung helfen würden. Welcher Art diese Hilfe sein wird, ist vorerst leider nicht mit Genauigkeit vorgegeben, sie soll sich nach den Ereignissen und besonderen Umständen der einzelnen Märkte zu richten haben. Es wäre denkbar, daß die in Frage kommenden Notenbanken der Reichsbank bei der Kontrolle des Reichsmarktes behilflich sein würden, daß sie die Kreditinstitute ihrer Länder auffordern würden, aus Deutschland keinerlei weitere Kreditzurückziehungen vorzunehmen und gegebenenfalls diesen Instituten Kreditmöglichkeiten zur Mobilisierung ihrer deutschen Guthaben gewähren würden. Derartige Möglichkeiten sind in Aussicht genommen worden. Die Frage der Gewährung eines neuen Kredits an die Reichsbank ist überhaupt nicht diskutiert worden. Man hat vielmehr die Möglichkeit erwogen, auf anderem Wege Deutschland neue Auslandskredite bereitzustellen. Bei dieser Gelegenheit haben die in Basel versammelten Notenbankleiter feststellen müssen, daß ihre Möglichkeiten auf diesem Gebiete begrenzt seien, da die Mittel der Notenbanken im Verhältnis zu den von Deutschland benötigten Beträgen nur gering seien. Man mußte in Erwägung ziehen, sonstige Banken und auch das Publikum an derartigen Kreditoperationen zu deutschen Gunsten zu beteiligen.

Bei der Erörterung dieser Fragen erfuhren die in Basel versammelten Bankiers, daß die Reichsregierung bei den verschiedenen Regierungen diplomatische Schritte hat unternehmen lassen, um deren finanzielle Unterstützung zu erbitten. Der Verwaltungsrat der BZB. ging bei seiner Haltung von der Auffassung aus, daß die Wiederherstellung des deutschen Kredits nicht allein durch finanzielle Maßnahmen erreicht werden könne, sondern daß auch eine politische Verständigung von Regierung zu Regierung erforderlich sei. Die von der Reichsregierung in den verschiedenen Hauptstädten veranlaßten diplomatischen Schritte schienen diese Auffassung des Verwaltungsrats zu unterstützen und einen Weg zur Behebung der deutschen Not zu weisen. Soweit man auf Grund der letzten Ergebnisse einen Ueberblick über den Weg haben kann, der zur Wiederaufrichtung der deutschen Situation führen soll, wird man die Auffassung der in Basel versammelten Notenbankleiter registrieren müssen, daß neben der finanziellen und finanztechnischen Unterstützung seitens der Notenbanken parallel laufend eine Verständigung zwischen den Regierungen erfolgen müsse, denn nur eine derartige politische Verständigung kann die Grundlage für derartige Finanzoperationen liefern.

Abwartende Haltung in Frankreich

Die Pariser Presse bewahrt gegenüber der Lage in Deutschland nach wie vor eine abwartende Haltung. Hier

und da ringt sich allerdings die Erkenntnis durch, daß sich die Krise gezwungenermaßen auch auf andere mitteleuropäische Staaten auswirken müsse. So sind die letzten Nachrichten aus Desterreich und Ungarn ebenso wie aus Rumänien mit ziemlicher Besorgnis aufgenommen worden. Finanziell, so betont man, werde Frankreich kaum in Mitleidenschaft gezogen, da von den etwa 20 Milliarden Reichsmark, die an ausländischem Kapital in Deutschland investiert waren, Frankreich nur mit etwa über 1 Milliarde beteiligt sei. Der einzige dunkle Punkt liegt nach französischer Auffassung in den politischen Auswirkungen, da man eine Ueberschwemmung Deutschlands durch den Nationalismus und noch mehr durch den Bolschewismus befürchtet.

Deutschland braucht mindestens 500 Millionen Dollar — sagen die amerikanischen Bankiers.

Zahlreiche führende Privatbankiers, die mit der Federal Reservebank in ständiger Fühlungnahme stehen, erklärten nach einer Timesmeldung, daß die Beteiligung ihrer Banken an der Kredithilfe für Deutschland durchaus im Bereich der Möglichkeit liege. Es sei indessen allerhöchste Eile geboten. Die katastrophale Entwicklung der deutschen Finanzen während der letzten Tage lasse schon jetzt einen Kredit von weniger als 500 Millionen Dollar als unangemessen erscheinen und jede weitere Verzögerung bringe die Gefahr in sich, daß die Stützungsaktion für Deutschland zu spät komme und damit nutzlos werde.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon, der sich für einige Wochen an die französische Riviera zurückziehen wollte, hat beschlossen, bereits am Freitag nach London abzureisen. Ein amerikanischer Finanzmann aus seiner Begleitung erklärte einem Vertreter des „Deuore“, daß man in Amerika lieber die deutschen Sachverständigen zu Verhandlungen in Paris, als die Bolschewisten in Berlin sehe. Staatssekretär Stimson traf am Mittwoch in Paris ein.

Italien für europäische Zusammenarbeit

Am 15. Juli. Nach dem anfänglichen Ein und Her gewisser italienischer Blätter ist in der faschistischen Presse ein erfreuliches Verständnis für die deutsche Lage festzustellen. In amtlichen Kreisen bewahrt man immer noch Zurückhaltung, aber es besteht kaum ein Zweifel, daß Italien auch dieses Mal bereit ist, zu tun, was in seinen Kräften steht, und zwar ohne daran politische Bedingungen zu knüpfen, wie das anderswo der Fall ist.

Unter der Ueberschrift „Notwendigkeit des Zusammenarbeitens“ befaßt sich Gajda im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ sehr ausführlich mit der deutschen Lage. Wenn das Haus brennt, so sagt er, muß man vor allem daran denken, den Brand zu löschen, und wenn jemand ertrinkt, muß man ihn retten, ohne um den Preis zu handeln. Das erste Hilfsmittel beginne mit dem Bewußtsein des deutschen Volkes für seine Lage. Inzwischen aber müßte, durch die Wirklichkeit und Dringlichkeit des Augenblicks veranlaßt, die internationale Aktion ohne Verzug einleiten. Die deutsche Wirtschaft sei gesund, der Haushalt ausgeglichen, die Handelsbilanz aktiv, die Arbeitslosen ziffer in der Abnahme begriffen. Der deutsche Zustand sei defizitär, aber nicht verzweifelt. Der Hooverplan könne die Gesundung bringen. Der Hooverplan sei in der Tat ein Plan des Vertrauens und müsse daher sofort durchgeführt werden. Jedes verantwortliche Land müsse ihn fördern. Alles Herumdrukken vermindere seine Wirksamkeit und hindere die wirtschaftliche Gesundung der Welt. Mehr als je bestätige sich hier die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit, von der man so viel in Genf gesprochen habe. Uns scheint in dieser Hinsicht der Kontakt bezeichnend, der in diesen Tagen häufiger als üblich zwischen den Regierungen von Rom und Berlin stattgefunden hat. Fast jeden Tag ist der deutsche Botschafter in Rom, von Schubert, im Palazzo Chigi empfangen worden, wo er die klaren Richtlinien feststellen konnte, nach denen sich die italienische Politik richtet und wo er dessen Willen zur Tat kennen lernen konnte, der die italienische Politik inspiriert.

Ein Ausweg aus der Krise

Kreditvertenerung — nicht Kreditrestriktion.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt in letzter Stunde vor Ablauf der Bankfeiertage einen bemerkenswerten Vorschlag, dessen Durchführung trotz großer Härte für die Wirtschaft einen sicheren Ausweg aus der gegenwärtigen Krise bedeuten würde. Sie schreibt u. a.:

Mit dem bisher von der Reichsbank eingehaltenen System der starren Kontingentierung kommen wir nicht weiter, mit ihm muß gebrochen werden. Wenn man die Dinge richtig ansieht, kann das ohne die geringste Gefahr für die Währung geschehen. Die Bankhalter könnten sofort wieder geöffnet, der Kreditverkehr normalisiert und die Wirtschaft in Gang gehalten werden, freilich nur unter härtestem Druck. Aber dieser Druck ist in jedem Falle unvermeidlich. Was geschehen muß, ist überaus einfach: Die Reichsbank muß sich bereit erklären, bei Einreichung reichsbankfähiger Unterlagen wieder Geld in beliebigem Umfange auszugeben, aber sie muß gleichzeitig eine drastische Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf etwa das Dreifache des jetzigen Satzes vornehmen.

Eine Ware, die knapp ist, muß im Preise steigen. Auch wenn Kredit knapp ist, muß der Preis für Kredit, der Zinssatz, verteuert werden. Eine andere vernünftige Methode, die dringlichste Kreditnachfrage vor der minderdringlichen zu befriedigen, gibt es nicht. Ein Zinssatz von etwa 20 Prozent würde zwar eine enorme neue Belastung der Produktion bedeuten, aber er würde mit der Kraft einer hydraulischen Presse überflüssige Devisenvorräte und Warenvorräte aus der Wirtschaft herauspressen und damit uns insstand setzen, die Devisenanforderungen zu befriedigen, die für den laufenden Importbedarf, für die Rückzahlung fälliger Auslandsverpflichtungen und für etwaigen Hamsterbedarf des unruhig gewordenen Publikums auftreten. Bequem wäre dieser Weg, wie gesagt, nicht. Aber es gibt in der jetzigen Situation keinen bequemeren Weg der Selbsthilfe. Es ist höchste Zeit, daß man jetzt das Steuer ohne Zögern herumwirft, die notwendigen Zahlungsmittel bereitstellt und durch entschlossene Heraussetzung des Diskonts dem Prozeß der Lagerabstoßung, des verstärkten und forcierten Exports und der zwangsweisen Beschaffung der Devisen einleitet, die im Kreditwege bisher nicht zu beschaffen waren. Das wird Opfer und Verzichte auch in anderer Hinsicht notwendig machen. Aber es ist ein Weg, dessen Beschreitung uns bestimmt aus den jetzigen wirtschaftlichen Kalamitäten erlösen würde.

Der Reichskommissar für die Danatbank



Der frühere Staatssekretär Karl Bergmann ist zum Reichskommissar der in Schwierigkeiten geratenen Darmstädter- und Nationalbank bestellt worden.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Wie Sürgen Wächter sein Gewissen zwang

Skizze von Wilhelm Lennemann.

Das war vor 400 Jahren, der Bauer stand auf im Lande. Ein Leben galt wenig, und das Blut war ein gemeiner Saft geworden. Da hauste nicht weit von der Bischofsstadt Münster der Bauer Hein Holthausen. Er war noch jung, ein wilder und rauher Gesell, der lieber im Walde der verbotenen Jagd nachging, denn daß er in Ehren seine Scholle bewirtschaftete. Der Graf, dem er zinst, hatte ihn darob schon einmal streng bestraft.

Das ging so die Woche hin bis in den Herbst, als die Ebereschen forallerrot perlten. Da rannte Hein eines Nachmittags fauchend wie ein gehetztes Tier auf den Hof: „Schnell, Marie, hilf, daß ich nicht ins Loch komme! Die Gräflinchen sind hinter mir her.“

Da war jetzt keine Zeit für laute Worte. Die Frau schwieg; sie war sein Weib und wußte, was sie dem Manne schuldete.

Nach wenigen Minuten schon knallte es gegen die Diele. Sürgen Wächter, der gräfliche Jäger, stand mit etlichen Knechten davor. „Der Hein muß heraus!“ forderte er. Die Frau zuckte mit den Schultern: „Da sucht!“

Die Knechte liefen ins Haus und lehrten Kisten und Kästen um. Sürgen suchte auf dem Hofe. Als er an der Regentonne vorbeiging, die auf einem großen Mühlsteine stand, stolperte er über eine Eisenstange. Er wollte sie mit dem Fuße bei Seite stoßen, da merkte er, daß sie in einer Fuge des Mühlsteines steckte. Er hielt inne; ein böser Verdacht stieg in ihm auf. Er sah in die Tonne; sie war leer. Schon wollte er die Knechte rufen, da stand die Frau vor ihm. Ihre Augen flackerten in einer entschlichen Bangigkeit, als steckte ihr der Dold in Genid.

„Sürgen!“ schrie sie. Nur dies eine Wort; aber das zersplitterte in hundert flehentliche Bitten, und eine jede griff nach dem Jäger, daß er wie in einem Neze vieler haltender Hände gebannt war. Und immer noch flammten ihm die Augen an... Da zerrann ihm das rufende Wort auf der

Zunge; um eines puzschigen Langes letzten Gewissen und Wille aus.

Und da sagte etwas laut aus ihm; er hörte es und konnte ihm nicht wehren: „Gut wär's für den Hein, wenn er sich über die Grenze machte.“

Dann wandte er sich und rief die Knechte. Gruflos verließ er den Hof. Und schritt hart und schwer, den Kopf gebeugt, als trüge er an drückender Last.

Sürgen, der Jäger, ging in Wirren und Not. Sein Gewissen brannte. Die Untreue schmerzte wie ein Feuer. Sein wurde flüchtig; allein raderte sich die Frau auf dem Hofe ab. Auch das traf den Sürgen schwer. Seine Schand!

Aus dieser doppelten Gewissenswirren wußte der Jäger nur einen Ausweg: Er nahm bei dem Grafen seine Entlassung, ging zu der Bäuerin und bot sich als Knecht an. Die schaute groß auf; erschrak; schwieg... Dazu also!

„In Büchten und Ehren“, antwortete Sürgen auf den Blick.

Da nahm ihn die Frau dankbar an. — Der Winter ging, und das Frühjahr kam mit Duft und Glanz; die Erde garte und rief nach Bauer und Pflug. Aber viele hatten keine Zeit für Ader und Eisen, sondern waren nach Münster gezogen, von Rat und Bischof ihre Freiheit zu ertrotzen. Und in diesen Tagen — Sürgen kam gerade vom Felde — sprang ein Mann, keuchend vom fliehenden Lauf, durch das Hofstor. Der Graf war's.

„Rettet mich, Sürgen. Die Bauern sind hinter mir her.“ Einen Augenblick suchte der Jäger, dann schlug eine helle Freude in sein Gesicht: Nun löste er die Schuld! Er stemmte und schob die Tonne bei Seite, hob mit dem eisernen Hebel den Stein hoch und wies auf eine zweite Tonne, die darunter in der Erde steckte.

Der Graf horchte in dem dunklen Loch; Sürgen schlenderte über den Hof.

Da jagte auch schon ein wilder Kerl heran, den Spieß in der einen, die Pistole in der andern Faust. Betroffen schaute er auf den Jäger: „Wer seid Ihr? Haßt Ihr mit... Der Bäuerin zusammen?“

Antwortete Sürgen: „Jäger war ich bei dem Grafen und bin nun Knecht der Bäuerin. Ihr Mann ist flüchtig geworden. Was wollt Ihr?“

„Das sollt Ihr schon erfahren. Erst den Grafen und dann Euch! Wo steckt er?“

„Ich weiß es nicht“, frohlockte Sürgen, „müßt ihn schon suchen.“

„Werd' nicht lange suchen“, lachte der Kerl und ging auf die Tonne zu.

Mit einem Satz sprang Sürgen davor. Da kam auch die Frau aus dem Hause. Ging auf den Mann zu, schaute ihn an... „Hein!“ schrie sie. Trotz seines struppigen Landstreicherbartes hatte sie ihn erkannt.

„Ich bin nicht Hein“, grollte der Mann. „Macht Platz, Frau, daß ich den Grafen kriege! Oder soll ich erst die Gesellen vom Waldbrande herbei pfeifen? Hab' sie dort gelassen, daß mir keiner meinen Spatz verderbe.“

„Ist Euch das Morden ein Spatz?“ fragte Sürgen. „Ich will nicht wissen, wer Ihr seid. Aber da war einmal eine Stunde, da habe ich Pflicht und Ehre fahren lassen, um den Mann dieser Bäuerin zu retten. Nun hüthe ich meine Untreue im Knechtsdienst. Und hab' erwartet in Weh und Not auf den Tag, der mich wieder ehrlich mache. Glaubt Ihr, ich lasse mir diese Stunde durch Eure Mordgelleite rauben?“ Er stellte sich breit hin vor den anderen und zog sein Messer.

Da senkte der Wilde den Spieß: „Kein Dank ist Euch geworden. So will ich ihn Euch an Stelle jenes flüchtigen geben, daß Ihr wieder ein ruhig Gewissen habt.“

Wandte sich und ging... „Hein! Hein!“ schrie die Frau. Eine abweisende Handbewegung machte der Mann. „Quitt!“ schrie er und schritt durch das Hofstor.

Des andern Tages fand man den Hein — denn er war es wirklich gewesen — erschoten am Waldbrande. Die Aufständischen, denen die versprochene Beute entgangen, hatten ihrem Anführer den Dank mit dem Messer geschrieben. — Der Hof steht noch heute; die Bauern auf ihm heißen Wächter; und ihr Urahn war Sürgen, der Jäger.

Außerordentliche Sparmaßnahmen der württ. Regierung

Staatspräsident Dr. Bolz und Staatsrat Dr. Hegelmaier gaben heute in einer Pressekonferenz die außerordentlichen Sparmaßnahmen bekannt, die die württembergische Regierung für die Planjahre 1931 und 1932 vorgesehen hat.

Staatspräsident Dr. Bolz gab zunächst einen genauen Ueberblick über die Staatsfinanzen. Der im Januar dem Landtag vorgelegte Etat war völlig ausgeglichen. Während der Etatberatungen zeigte sich, daß auf der Einnahmeseite nicht unerhebliche Verschlechterungen zu erwarten sind, und zwar infolge des Rückgangs der Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer und weitere Ausfälle bei den Reineinnahmen aus dem Wald. Bei der dritten Lesung des Etats mußte daher in den Etat ein Sammelposten von 8,2 Millionen Rm. für 1931 und 6,5 Millionen Rm. für 1932 eingestellt werden. Dieser Sammelposten ergab sich als der inwischen errechnete Einnahmefall. Bei der dritten Lesung bestand keine Möglichkeit, diese Posten auf die einzelnen Verwaltungen zu verteilen. Daher erbat und bekam die Regierung die Vollmacht, den neuen Abmangel durch Abstriche im Etat auszugleichen. In der Zwischenzeit hat die Regierung versucht, den Ausgleich zu finden. Aber auch dieser Ausgleich birgt die Unsicherheit in sich, daß voraussichtlich auch die angenommenen Fehlbeträge, die jetzt bereinigt werden, nicht genügen, und ein noch viel größerer Fehlbetrag entsteht. Die Regierung ist daher gezwungen, zu weiteren Sparmaßnahmen zu greifen. Das Land und die Gemeinden müssen jetzt schon Vorkehrungen treffen, daß die gewaltigen Rückschläge, die für 1932 zu erwarten sind, ausgeglichen werden. Schon im Laufe des Herbstes will die Regierung Maßnahmen ergreifen, um die Staatsausgaben weiter zu verringern. Vergleichlich mit anderen Ländern sind die württembergischen Finanzen immer noch nicht schlecht. Alle Etats waren ausgeglichen, auch der von 1930. Der Etat von 1930 konnte allerdings nur dadurch zum Ausgleich gebracht werden, daß erhebliche Rest-

mittel eingeworfen wurden. Jetzt stehen keine Reserven mehr zur Verfügung. Künftig sind wir ausschließlich auf die laufenden Einnahmen angewiesen. Da bei den sachlichen Ausgaben weitere Abstriche kaum mehr gemacht werden können, zwingt uns die Not, im Herbst daran zu gehen, den Staatsapparat einzuschränken und die Personalausgaben noch weiter zu senken.

Staatsrat Dr. Hegelmaier machte dann nähere Mitteilungen über die einzelnen Deckungsvorschläge der Regierung. Trotz der durch die Notverordnungen erfolgten Gehaltskürzungen, die für Württemberg im Jahre 1931 5 1/2 Millionen und im Jahre 1932 7 Millionen Rm. Ersparnisse bringen, beträgt der Abmangel für 1931 immer noch 8 1/2 Millionen und für 1932 6 1/2 Millionen Rm. Diese Summe ist zu decken. Das Staatsministerium hat nun den Etat Titel für Titel genau durchgegangen und ist zu folgenden Ersparnisvorschlägen gekommen:

Bei den sachlichen und vermischten Ausgaben werden für beide Jahre je 3,9 Millionen Rm. eingespart. Bei den persönlichen Ausgaben betragen die Ersparnisse für ständige Beamte nur 500 000 Mark für beide Jahre. Wegen der wohlverordneten Rechte der Beamten sind weitere Kürzungen nicht möglich. Dagegen werden bei den nichtständigen Beamten eingespart im Jahre 1931 800 000 Mark und 1932 1,2 Millionen Rm. Dazu kommen noch einige Positionen besonderer Art, wie: Mietzins für die dem Reich überlassenen Steuer- und Zollgebäude in Höhe von 200 000 Mark in beiden Jahren, ferner Restmittel für 1931 in Höhe von 1,4 Millionen und für 1932 in Höhe von 688 000 Mark. Die für ein neues Stuttgarter Polizeigefängnis, dessen Bau aber bei dieser Wirtschaftslage nicht möglich ist, schon bewilligten 1,4 Millionen Mark kommen dem Abmangel von 1931 zugute. Durch diese Sparmaßnahmen ergibt sich der Ausgleich des Defizits von 8 1/2 Millionen für 1931 und 6 1/2 Millionen für 1932.

Aus Württemberg

Württemberg. Wohnungskreditanstalt.

Die Württ. Wohnungskreditanstalt legt ihren Jahresbericht für 1930 vor. Es wird darauf hingewiesen, daß man sich in einen neuen Grundfals des Reichs zunächst nicht schiefen wollte: in die starke Beschränkung der Wohnungsgröße. Sich an sie starr zu binden, lehnt der deutsche Süden mit seiner alten Wohnungskultur ab. Im übrigen wird aber auch er nunmehr aus der Not eine Tugend zu machen haben; es hat bereits eine Angewohnung wenigstens an die Obergrenzen der neuen Mietsätze eingeseht, zumal die aus dem Reichs-ergänzungsprogramm 1930 sich ergebenden niedrigeren Mieten allseits angenehm empfunden worden sind. Kleinwohnungen werden mit Recht nach wie vor abgelehnt. Die allgemeine Not hat es ferner mit sich gebracht, daß die Bauherren genauer rechnen. Die Bevölkerung erkennt, daß in Notzeiten die Sicherung der Arbeit noch wichtiger ist als die Gewinnung einer Wohnung und daß durch die Zinslasten unter Umständen ein Eigenheim teuerer erkaufte ist. Im übrigen sind die finanziellen Schwierigkeiten derer, die bisher unter dem teureren Zins gebaut haben, im allgemeinen noch nicht bedrohlich geworden. In begründeten Einzelfällen kommt jetzt schon die Wohnungskreditanstalt mit Stundungen, Ratenzahlungen und Zinsermäßigungen entgegen; sie kann dies um so eher tun, als sie auch in diesem Berichtsjahr nur geringe Ausfälle an Kapital und Zinsen hatte.

Die Darlehensstätigkeit der Wohnungskreditanstalt im Jahre 1930 mit 25,8 Millionen Rm. für 8174 Neubauwohnungen, mit 1,3 Mill. Rm. für 1200 Instandsetzungen, mit 301 800 Rm. für 52 außerwürttembergische Siedlungen und endlich mit 4,01 Mill. Rm. des Reichs-ergänzungsprogramms (darunter 2,86 Mill. Rm. Treuhanddarlehen des Reichs und 1,15 Mill. Rm. eigener Mittel) für 1156 Wohnungen — im ganzen 28 541 800 Rm. für 10 582 Wohnungen — ist größer gewesen, als man zu hoffen gewagt hatte. Diese Leistungen waren zudem möglich bei einem Wohnungsbauteil der Gebäudeeinschuldungssteuer von nur 13,6 Mill. Rm. Die bankmäßige Behandlung dieser öffentlichen Mittel hat es weiterhin gestattet, daß die Wohnungskreditanstalt am Ende und auf Rechnung des Berichtsjahres bereits 32,6 Mill. Rm. hat ausbezahlen können, obwohl ihr von dem genannten Steuerbetrag bis dahin erst 10,5 Mill. Rm. überwiesen waren. Gleichzeitig hat die Anstalt ihre kurzfristigen Kredite in erheblichem Umfang weiter abgedeckt. Ihr finanzpolitisches Gesamtbild ist befriedigend.

Von der Zukunft wird gesagt: Einmal werden sich die öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau nicht weiter vermehren, sondern eher vermindern; gerade das Hauptgerüst dieser Mittel, die Gebäudeeinschuldungssteuer, zeigt bedenkliche schwache Stellen. Sodann läßt subjektiv die allgemeine Verarmung unseres Volkes das Begehren nach neuen Wohnungen stärker in den Hintergrund treten, und es bewirkt objektiv der starke Geburtenrückgang in Deutschland spätestens ab 1940 eine erhebliche Verminderung der Geschlechts- und Haushaltgründungen und damit auch der Nachfrage nach Wohnungen. Auf die Schaffung notwendiger Uebergänge zu solchen an sich bedauerlichen Schrumpfungen wird zu achten sein, zumal der Althausbesitz nicht mit Unrecht nach stärkerer finanzieller Unterstützung bei Instandsetzungen ruft.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Der Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verzeichnet in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1930 eine Zunahme der neuen Erkrankungsfälle von 5870 oder 18 Prozent. Ein erheblicher Teil davon — 1773 — entfällt auf Selbstmeldungen, ein Beweis für die wachsende Einsicht der Bevölkerung über die Gefährdung der Krankheiten. Mit den vom Vorjahr überwiesenen Fällen standen 7170 Personen in Ueberwachung; notwendig waren bei 6798 Kranken insgesamt 12 700 Beratungen und Untersuchungen. Diese erforderten einen Aufwand von 86 527 RM., wovon je etwa die Hälfte auf ärztliche und Krankheitskosten entfallen. An den Beratungskosten beteiligt sich die Staatskasse mit etwa einem Drittel als Ausgleich für die gleichzeitig be-

wirkte Betretung der Nichtversicherten. Die staatlichen Gesundheitsbehörden mußten in 1549 Fällen um eine nachdrückliche Einwirkung auf säumige oder einsichtslose Kranke ersucht werden, damit Untersuchung und Behandlung veranlaßt werden konnte.

Unerlaubter Sonntagsverkauf in Bädern

Dem Wirtschaftsministerium sind Klagen darüber zugegangen, daß zum Schaden der an die Vorschriften über die Sonntagsruhe gebundenen Ladengeschäfte in Bädern, insbesondere in Freibädern, ein umfangreicher Verkauf von Hautfunkionsöl, Creme und ähnl. Gegenständen namentlich an Sonn- und Festtagen stattfindet. Das Polizeipräsidium Stuttgart und die Oberämter sind angewiesen worden, hiergegen, soweit ein unerlaubter Verkauf von Waren in offenen Verkaufsstellen oder ein unerlaubtes Feilbieten von Waren im ambulanten Betrieb an Sonn- und Festtagen vorliegt, nachdrücklich einzuschreiten. Bei ausnahmsweiser Zulassung nach Paragraph 55a Abs. 2 Gewerbeordnung ist darauf zu achten, daß die örtlichen Ladengeschäfte soweit irgend möglich nicht benachteiligt werden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 16. Juli 1931.

Den Ferien entgegen.

In wenigen Wochen hebt für die Schuljugend eine Glücks- und Jubelzeit an, beginnen doch Ende Juli die großen Sommerferien. Auf sie freuen sich alle, die jetzt die Schulbänke drücken, das zeigt das Leuchten der Augen der Mädchen und Buben, wenn sie im Schwarm aus den Schulzimmern ins Freie dringen. Auch die Erwachsenen und die Alten nehmen teil an dieser Freude und sie erinnern sich, wie sie vor vielen Jahren selbst unter den Scharen der in die Ungebundenheit stürmenden Jugend waren, wie sie die Schulranzen und die Bücher in die Ecke warfen und sich ihres freien, ungebundenen Lebens freuten. Es ist eigenartig, jeder hat eine andere Vorstellung, wie er die Ferien verbringen will. Die Glückseligsten sind ja jene, die auf Wochen hinaus können aufs Land und fernab von der Enge der Stadt durch Wald und Wiese springen und sich erholen können. Aber auch die anderen Schulkinder, die sich mit weniger begnügen müssen, sind deshalb nicht traurig. Das Spielen zu Hause mit fröhlichen Kameraden erfreut die jungen Herzen ebenso. Die Hauptsache bleibt immer, daß man den Gedanken an das tägliche Lernen und Arbeiten einige Zeit aus dem Gedächtnis streichen darf. Mögen unserer Schuljugend die Ferientage gut bekommen! Nur zu schnell werden sie wieder verfliegen sein.

Calwer Standesamtsnachrichten vom Monat Juni

Geburten: 3. Juni: Elfriede, Tochter der Löwenwirtschefeute Alfred Kleinbeck in Alzenberg; 9. Juni: Karl Wilhelm, Sohn der Schneidermeistersechelte Dreher in Deckenpfronn; 13. Juni: Ruth, Tochter der Elektromonteurschefeute Mohn in Calw; 14. Juni: Ernst Hermann, Sohn der Elektromonteurschefeute Ziegerer in Calw; 18. Juni: Edit Cilli, Tochter der Kaufmannschefeute Ernst Pfeiffer in Calw; 22. Juni: Hartmuth, Sohn der Gewerbelehrerschefeute Döngemach in Weislingen-St.; 25. Juni: Elfriede Emma, Tochter der Fabrikarbeiterschefeute Karl Ruppis in Calw; 25. Juni: Karl, Sohn der Wagenführerschefeute Jakob Reitschler in Bad Teinach; 30. Juni: Rolf, Sohn der Faktorschefeute Franz Eiberger in Calw.

Heiraten: 25. Juni: Kraftfahrer Johs. Schleich mit Veria Magdalena Birlinger, beide in Hohenwetterbach-Balzenhof wohnhaft; 26. Juni: Hühnerfarmer Paul Maier in Calw mit Selene Feldweg, Hausdöchter in Calw; in Stammheim am 20. Juni: Karl Josef Stohberger, Mechaniker in Calw mit Anna Luise Binder, Hausdöchter von Stammheim.

Sterbefälle: 8. Juni: Heinrich Vorch, led. Fabrikarbeiter in Calw, 48 Jahre alt; 14. Juni: Katharina Stähle, Garnmeistersechefeute in Calw, 55 Jahre alt; 27. Juni: Mich. Bögle, verh. Landwirt in Liebersberg, 60 Jahre alt; 29. Juni: Johannes Schrotth, verh. Heizer in Calw, 58 Jahre alt.

Obstbauversammlung in Gchingen.

Aus Gchingen wird uns berichtet: Am Sonntag wurde uns Gchingern ein lieber Besuch zuteil. Oberpräsident Baenschle und Stadtbaumwart Kopp aus Calw hatten eine Obstbauversammlung in den „Ablen“ einberufen zu einem Vortrag über „rationellen Obstbau“. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden verbreitete sich Stadtbaumwart Kopp in sehr interessanten und zweckmäßigen Ausführungen über verschiedene wichtige Fragen des Obstbaus. Er begann seinen Vortrag mit Belehrungen über die Art von Neuanlagen, über Beschneiden und Umpfropfen. In erster Linie sei auf Reduzierung der Sorten und Bedacht zu nehmen und dann darauf, ob die Bodenbeschaffenheit für die Sorte geeignet sei. Zu achten sei auf weite Anlagen; alle Engpflanzungen seien zu vermeiden. Die Baumhöhen seien entsprechend groß zu machen, dem Baum müsse Licht und Luft zugeführt werden. Die Herbstpflanzung sei geeigneter als die Frühjahrspflanzung; der erste Schnitt des Obstbaumes sei bei der Pflanzung auszuführen. An jedem frisch gepflanzten Baum soll die Baumscheibe mit Stallmist überdeckt werden, damit der Boden und die Wurzeln nicht austrocknen. Die Baumscheiben müssen jedes Jahr beschnitten werden. Nicht vergessen dürfe man ein Schutzgitter gegen Hasenfraß. Es sei selbstverständlich, daß man beim Einkauf auf erste Qualität des Baumes sehen müsse, denn allzugroße Sparsamkeit räche sich empfindlich. Beim Beschneiden des Baumes wie auch bei Umpfropfungen sei sachgemäß vorzugehen. Wer nicht in der Lage sei, diese Arbeiten gut auszuführen, soll einen Fachmann herbeiziehen. Nachweislich sei der Schädlingsbefall bei weit auseinander stehenden Bäumen viel geringer als bei zu enger Pflanzung; auch werden die Früchte größer und vollkommener. Bei der Sortenwahl sei streng darauf zu sehen, nur haltbares und ertragsfähiges Obst anzubauen, wobei natürlich die nötige Pflege angewandt werden müsse. Bei der Ernte habe man darauf zu sehen, daß das Tafelobst in Sorten und gleichen Größen abgeteilt und in sauberer Aufmachung dargeboten werde. Dann werden gute Preise erzielt und der Obstbau rentabel gestaltet. Bei größeren Anlagen wie auch bei Gemeindebäumen sollen Nummern angebracht werden, um den Nachweis führen zu können, welche Sorte sich zum Anbau am besten eigne. Im Herbst soll das Obst in einem luftigen, aber nicht zu kalten Raum aufbewahrt werden; der Keller sei nicht zu verwerfen, aber ein anderer Raum sei besser. Das Obst könne 3—4 Grad Kälte ertragen. Bei den durch Hagelschlag beschädigten Bäumen sei eine flüssige Düngung erforderlich.

Nach einer kleinen Pause gab der Vorsitzende noch Ratsschlüsse und Winke zur Erzielung eines ertragreichen Obstbaus. Er bezeichnete Sortenwahl und Düngung als die Haupterfordernisse des Obstbaus. Er empfahl sodann die Vereitung von Süßmoft und gab hierzu die nötige Anleitung, sowie die Anpflanzung der Hauswände mit Birnbäumen und die Anbringung von Blumenschmuck an den Häusern. An der Aussprache, die eine Klärung verschiedener Obstbaufragen brachte, beteiligte sich eine große Zahl von Obstzüchtern. Bürgermeister Schmidt forderte die Versammlung auf, die gegebenen Anregungen zu befolgen, damit auch in Gchingen der Obstbau zu gutem Erfolg führe und sprach den beiden Rednern den besten Dank für die Veranstaltung aus. Die Versammlung war sehr gut besucht und hatte zunächst den Erfolg, daß sich eine Anzahl der Anwesenden zum Beitritt in den Bezirksobstbauverein bereit erklärte.

*

Erwerbslosenparade in Stuttgart.

Stuttgart, 15. Juli. Auch heute war in der unteren Stadt eine Versammlung der Erwerbslosen. Nach Schluß der Versammlung zogen größere Trupps über die untere Königstraße. Die Internationale wurde gesungen und Sprechschreie ließen sich hören, so daß die Polizei, die mit zwei Ueberfallkommandos eintraf, bei der Kanzeistraße die Königstraße zu räumen gezwungen war. Auch bei der Poststraße und beim Wilhelmshaus kam es hernach zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei von ihrem Knüttel Gebrauch machte. Da es gerade über die Mittagszeit war, so war es leider unausbleiblich, daß auch bei dieser Gelegenheit völlig unbeteiligte Leute, die nach Geschäftsschluß auf ihre Straßenbahn warteten, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Von den Demonstranten wird zum Teil mit der Behauptung operiert, daß das Wohlfahrtsamt oder Fürsorgeamt den Unterstützungsempfängern Gutscheine statt barem Geld eingehändigt habe und daß mit diesen Gutscheinen nichts anzufangen sei. Diese Behauptung wird von zuständiger Stelle als unwahr bezeichnet.

*

Höfen a. Enz, 15. Juli. Der 56jährige Fuhrmann Staiget der Fa. Friz Keller, Calmbach, wurde gestern nachmittag, als er mit seinem Langholzfuhrwerk Höfen zustrebte, etwa 500 Meter oberhalb Höfens von einem überholenden Möbel-Lieferauto aus Herzogsweiler, D.-M. Freudenstadt, angefahren und so schwer verletzt, daß er mit dem Krankenauto ins Bezirkskrankenhaus Neuenbürg eingeliefert werden mußte. Die erschreckten Pferde landeten mit dem Langholzwagen im Straßengraben, ohne Schaden zu nehmen.

Herrenberg, 15. Juli. Auf dem Kirchentag des Bezirks Herrenberg berichtete Dekan Dr. Schmidt über das kirchliche Leben im Bezirk. Zahlenmäßig gleicht danach das Berichtsjahr fast ganz dem Vorjahr. Die Missheden haben im Bezirk zugenommen, was eine besondere Pflege dieser Ehen nahelegt. Das Kirchenopfer, wenigstens im ganzen Bezirk, hat sich trotz der schlechten Wirtschaftslage gegenüber dem Vorjahr etwas erhöht, wenn auch die beiden letzten Jahre einen ziemlichen Absprung gegenüber den vorhergehenden aufweisen. Die Arbeitslosigkeit macht in einigen Gemeinden ernste Sorge. Der Charakter des Bezirks als eines gut kirchlichen hat in den letzten Jahrzehnten sich kaum verändert.

Stuttgart, 15. Juli. Das Staatsministerium hat der Witwe des verstorbenen Vizelandes D. v. Payer im Namen der württ. Staatsregierung das herzlichste Beileid ausgesprochen und dessen große Verdienste in seinem Schreiben besonders hervorgehoben.

Stuttg., 15. Juli. In den nächsten 14 Tagen wird mit der Erstellung des Stadions zum Deutschen Turnfest auf dem Waisen nach den Plänen von Professor Bonah begonnen werden, so daß bis zum Winter dieses Jahres die Hauptarbeiten mit Ausnahme der Errichtung der Hochbauten beendet sein werden.

Stuttg., 15. Juli. Anschließend an eine Erwerbslosenkundgebung im Rahmen des Wetterwerbslosentages zogen nach beendeter Saaldemonstration einige hundert Demonstranten auf die Straße und suchten dort die Demonstrationen fortzusetzen. Der Aufforderung der Polizei zur Auflösung wurde nicht Folge geleistet, worauf es zu Zusammenstößen kam, in deren Verlauf die Polizei vom Gummiknüttel Gebrauch machen mußte und die Menge auseinandertrieb. Gegen Abend waren alle Straßen dicht gefüllt von Demonstranten, doch blieb die Polizei Herr der Lage.

Stuttg., 15. Juli. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die in den Diensten des Landwirts Gobs in Andelfingen stehende 33 Jahre alte Anna Schütter aus Buchau, die gestern früh mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden worden war, ermordet worden ist. Der Ulmer Kriminalpolizei ist es gelungen, den Täter zu ermitteln. Es ist der ältere Bruder des Landwirts Gobs, Anton Gobs, der, während der Landwirt mit seiner Frau auf dem Felde war, sich in die Küche zu der Anna Schütter begeben und mit ihr einen Streit bekommen hatte. Er gab nach anfänglichem Leugnen an, daß er bei dem Streit in sinnlose Wut geraten und dem Mädchen mehrere Stiche beigebracht habe, von denen einer die Halsschlagader traf. Nach der Tat reinigte er das Messer und den Küchenboden. Hierauf entfernte er sich ohne jemand etwas zu sagen.

Stuttg., 15. Juli. Gutem Vernehmen nach haben die schweizerischen Bundesbahnen ihre Grenzstationen, soweit sie deutsches Geld in Zahlung nehmen, angewiesen, die deutsche Reichsmark zu 1,10 Franken in Zahlung zu nehmen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Die Effektenbörse geschlossen

Stuttg., 15. Juli. Die Stuttgarter Effektenbörse bleibt bis einschließlich Samstag, 18. Juli, geschlossen.

Die Entwicklung der deutschen Sozialkassen.

In der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird von Adolf v. Bülow eine Uebersicht über die Entwicklung der Aufwendungen für soziale Zwecke in Deutschland gegeben. Die Gesamteinnahmen der verschiedenen Institute der sozialen Fürsorge zeigen folgende Entwicklung in Millionen Reichsmark:

	1913	1927	1930
1. Krankenversicherung	666,0	1 000,3	1 885,6
2. Invalidenversicherung	419,3	520,0	1 228,3
3. Angestelltenversicherung	141,7	212,5	840,6
4. Unfallversicherung	212,8	319,2	372,6
5. Knappschafts-Pens.-Vers.	—	—	223,5
6. Erwerbslosenfürsorge	—	—	1 244,0
7. Off. Wohlfahrtspflege	660,0	900,0	1 630,5
8. Versorgung d. Kriegsopter	29,7	44,0	1 258,5
Insgesamt:	2 130,4	2 204,6	8 133,6
Abgerundet in Milliarden:	2,1	2,2	8,1

Jeder Dritte in Oesterreich gepfändet.

Aus Ausführungen des österreichischen Justizministers ergibt sich ein ungeheures Anwachsen der Pfändungen in Oesterreich. Während im Jahre 1923 noch durchschnittlich jeder zehnte Bewohner Wiens über 20 Jahre dem Gerichtsvollzieher in die Hände fiel, wird gegenwärtig bereits jeder dritte Erwachsene in Wien einmal jährlich gepfändet.

Verzinsungswerte Ueberlegung!

Jede überflüssige Einfuhr von 8000 Mark Industriewaren oder von 2250 Mark Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten Beschäftigung finden, wenn jeder Deutsche beim Einkauf Inlandsware bevorzugen würde!

Das Sterben des deutschen Waldes.

Wie eng die deutsche Volkswirtschaft mit unserem Waldbestand verknüpft ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß rund 127 000 Quadratkilometer, also mehr als ein Viertel der Gesamtläche Deutschlands, mit Forsten bedeckt ist. Wenn bisher jährlich etwa 55 Millionen Festmeter Holz dem deutschen Walde entnommen wurden, dem eine entsprechende Menge

neuer Aufforstungen die Waage hält, so droht neuerdings dem deutschen Holz und den diese Holz verarbeitenden Industrien und Gewerbebetrieben durch die Konkurrenz des ausländischen Holzes eine große Gefahr, die sich in weiterer Arbeitslosigkeit ausdrückt. Im letzten Jahre waren es nicht weniger als 60 Millionen Mark, die für Holz ins Ausland gingen, und zwar waren in erster Linie Polen, Rußland, Finnland und die Tschechoslowakei die Holzlieferanten.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

Stuttg., 15. Juli. Weizen märk. 250-251; Roggen märk. 185-190; neue Wintergerste 152-160; Hafer märk. 160-166; Weizenmehl 30,75-36,75; Roggenmehl 26,75-29,50; Weizenkleie 12,50 bis 12,75; Roggenkleie 11,25-11,50; Viktoriaerbsen 26-31; Futtererbsen 19-21; Ackerbohnen 19-21; Wicken 24-28; Lupinen blaue 16-17,50; dto. gelbe 22-27; Rapskuchen 9,30 bis 9,80; Weizenkuchen 13,60-13,80; Erbsenmehl 7,50-7,70; Sojabohnen 12,60-13,40. Allgemeine Tendenz: still.

Viehpreise
Kälber: Stiere 275-470; Farren 230-410; Kühe 480 bis 500; Kalb- und Jungvieh 120-450; Kälber 78-110 RM. — Blaubeuren: Kühe 250-400; Kalb- und Jungvieh 90-220 RM. — Vöhringen: Farren 130-200; Kühe 380 bis 460; Jungvieh 180-290 RM. — Weingarten: Ochsen 400 bis 600; Kühe 260-500; Jungvieh 140-350; Kalbinnen 400 bis 520 RM. — Tuttlingen: Ochsen 380-500; Stiere 320 bis 342; Kühe 190-500; Kalb- und Jungvieh 160-240 RM. — Schussenried: Farren 180-230; Kalb- und Jungvieh 120-180 RM.

Schweinepreise
Blaubeuren: Milchschweine 12-18 RM. — Großengtingen (D. A. Neulingen): Milchschweine 15-22 RM. — Vöhringen: Milchschweine 15-21 RM. — Weingarten: Milchschweine 10 bis 17 RM.; Käufer 30-45 RM. — Niederstetten: Milchschweine 12-19 RM. — Nellingen: Milchschweine 11-17 RM.; Mutterchweine 85-95 RM. — Tuttlingen: Milchschweine 8-19 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verbrauchssteuern in Betracht kommen. Die Schriftl.

Amtl. Bekanntmachungen

Zavelstein
Nächsten Samstag, nachmittags 1 Uhr, wird die Lieferung von ca. 70 cbm Kalksteinschotter auf dem Rathaus vergeben. Gemeinderat.

Sämtliche 1901er treffen sich Freitag abend im Rebstock!

Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt in Weilerstadt

am Montag, den 20. Juli 1931.
Beginn des Schweinemarkts um 7 Uhr, des Viehmarkts um 8 Uhr.

Bürgermeisteramt: Schüb.

Apfelmoft

Habe 300 Liter guten billig zu verkaufen, auch in kl. Gebinden, und 15 Monate altes

Zuchtrind

Wilhelm Böttinger, Ernstmühl

Empfehle meinen

reinen, selbstgebrannten Zwetschgen-, Birnen-, Anis- und Pfeffer-Brantwein

Verkaufe circa 600 Ltr.

Apfelmoft

gegen bar

Adolf Giebenrath, Calw

Küferei

Unterreichenbach

Im Wege der Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 17. ds. Mts. vorm. 10 Uhr gegen b. Bezahlung:

1 Chaiselongue mit Decke

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Ich suche für einen guten Zinszahler

1000-1200 RM.

geg. doppelte Bürgschaft

Schultheiß a. D.

Meyle, Calw.

Telefon 291.

Frisch eingetroffen:

neues

Delikatess-

Gauerkraut

in bekannter Güte bei

Ernst Weiffen

Vadstraße

R. D. Vinçon

beim Vereinshaus

Vad Teinach

Im Wege der Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 17. ds. Mts. nachm. 3 Uhr gegen b. Bezahlung:

1 Klavier gebraucht,

1 Registrierkasse „National“, 1 Schreibmaschine

gebr. „Ogama“

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Neubulach

Im Wege der Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 17. ds. Mts. nachm. 6 Uhr gegen b. Bezahlung:

1 Futterhneidmaschine

W. R. D., 2 Obstmühlen,

6 Biefeneggen, 6 Küden-

mühlen.

Sämtliche Maschinen sind

fabrikneu;

ferner anschließend:

jirka 20 Jir. Hen

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw

Oberhangkett

Im Wege der Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag, den 17. ds. Mts. nachm. 5 Uhr gegen b. Bezahlung:

1 Radioapparat 3 Röhren

mit Lautsprecher

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Stammheim, den 14. Juli 1931.

Todes-Anzeige
Statt jeder besonderen Anzeige

Meine liebe Frau, unsere treubesorgte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester und Schwägerin

Christine Müller

geb. Beck

ist uns heute nach kurzer Krankheit im

Alter von 58 Jahren entfallen worden.

In tiefer Trauer:

der Gatte: Christof Müller,

der Sohn: Fritz mit Frau,

Ernst, Paul.

Beerdigung Freitag mittag 1 Uhr

Calw, den 15. Juli 1931.

Trauer-Anzeige

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Schwester und Tante

Agnes Kirchherr

heute früh 1/211 Uhr in dem Herren-

schlafsaal

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Kirchherr, Calw

Familie Schneider, Stammheim

Die Beerdigung findet am

Samstag, den 18. Juli, nachmittags 2 Uhr,

vom Krankenhaus aus statt.

Im 1. Halbjahr 1931 Baugeld zugeteilt **16,3 Millionen RM.**

Gesamtzuteilung in 6 1/2 Jahren **176,7 Millionen RM.**

Die Gemeinschaft der Freunde als älteste, größte und erfolgreichste deutsche Bausparkasse hat 11755 Eigenheime finanziert: sie verschafft billige, unkündbare Darlehen zum Bau und Kauf von Ein- und Mehrfamilienhäusern, sowie zur Ablösung teurer Hypotheken. Verlangen Sie bitte noch heute die kostenlose Druckschrift B 12 von der Bausparkasse

Wüstenrot. Gem. G. m. b. H. Ludwigsburg/Württemberg

Bezirksgeschäftsstelle Frankenbach O/A. Heilbronn / Tel. 2671

Gemeinschaft der Freunde